

# Im Kriegsrausch

Augen zu und durch: Der Ständerat nutzt die Gunst der Stunde und stimmt dem Kauf des F-35 zu – ohne laufende Untersuchungen abzuwarten. Das ist verantwortungslos.

Ein Kommentar von [Priscilla Imboden](#), 03.06.2022

So halsbrecherisch, wie Tom Cruise im neuen «Top Gun»-Film im Kampfjet hoch über den Wolken und tief unter Brückenbögen fliegt, so halsbrecherisch rast auch der Ständerat über alle Bedenken, Vorsicht und demokratische Gepflogenheiten hinweg.

Die bürgerliche Mehrheit im Rat hat am Donnerstag das teuerste Rüstungsgeschäft in der Geschichte der Schweiz kritiklos abgenickt und dem Kauf des US-Jets F-35 zugestimmt. Die Rechnung dafür beläuft sich auf 6 Milliarden Franken und noch weitere 10 bis 15 Milliarden Franken an Betriebskosten über 30 Jahre verteilt – je nach Schätzung.

Bei solchen Summen wäre bei den Volksvertretern eigentlich Vorsicht angesagt: sorgfältiges Abwägen der verschiedenen Optionen, akribisches Hinterfragen des Auswahlverfahrens und eine gründliche Analyse des Entscheids des Bundesrats, den US-Hightech-Jet zu kaufen.

Denn dass Risiken bestehen, ist klar – und selbst im neuesten Bericht des US-Rechnungshofs nachzulesen: Die gewaltigen Kostenüberschreitungen des F-35-Programms halten an. Am Flugzeug wurden mehr als 800 fehlerhafte Funktionen festgestellt, für Kriegseinsätze startet und funktioniert es nicht verlässlich genug. Ausserdem verschlingt die Erneuerung des Informatiksystems, das auch in den für die Schweiz vorgesehenen Flugzeugen eingebaut wird, immer mehr Geld. Das US-Verteidigungsministerium hat deshalb die volle serielle Produktion des Kampfjets mehrfach in die Zukunft verschoben.

Es stellt sich eine Reihe von brisanten Fragen.

Ist das Auswahlprozedere sauber abgelaufen? Wollte die Armasuisse Akten vernichten? Welche Rolle spielten aussenpolitische Aspekte? Hat das Verteidigungsdepartement die finanziellen Risiken des F-35 realistisch eingeschätzt?

Um diese Fragen zu klären, laufen aktuell Untersuchungen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats und der Eidgenössischen Finanzkontrolle.

Das interessiert den Ständerat aber nicht, der als *chambre de réflexion* den Ruf genießt, überlegt und umfassend zu debattieren und ruhig austariert zu entscheiden. Er schlägt die brisanten Fragen in den Wind und entscheidet ausgerechnet bei diesem Kauf in Rekordhöhe unreflektiert.

Dabei hätten die Politikerinnen nicht lange warten müssen, um sich ein vollständigeres Bild der Lage zu machen: Die Finanzkontrolle wird ihren Bericht Anfang Juli publizieren. Die Geschäftsprüfungskommission plant, ihre Untersuchungsergebnisse spätestens Anfang September zu veröffentlichen.

Doch das kümmert den Ständerat nicht. Ebenso wenig interessieren ihn die Volksrechte. Er will den Bundesrat verpflichten, Tatsachen zu schaffen und den Kaufvertrag für die Kampfflugzeuge zu unterzeichnen, noch bevor die Stopp-F-35-Initiative über die Bühne ist. Ein antidemokratisches Gebaren, das auch der Bundesrat neuerdings unterstützt – obwohl er früher betont und auch in der Armeebotschaft versprochen hat, er werde die Verträge nicht vor der Abstimmung über die Stopp-F-35-Volksinitiative unterzeichnen.

Woher kommt die grosse Eile? Ständerat Werner Salzmann (SVP), der die Sicherheitspolitische Kommission präsidiert, wie auch Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte) stellen sich auf den Standpunkt, dass der Krieg in der Ukraine die Sicherheitslage verändert habe. Dazu kommt ein ganz neues Argument: Die Offerte aus den USA für den Kauf der 36 Kampfflugzeuge sei auf Ende März 2023 befristet. Danach werde es teurer.

Bevor der Krieg ausgebrochen ist, war das kein Argument, um Druck aufzubauen. Die Vertragsfrist war weder im November ein Thema, als das Verteidigungsdepartement darüber informierte, dass die Verträge mit den USA fertig ausgehandelt seien. Noch taucht die Frist in der Armeebotschaft 2022 auf, mit der der Bundesrat Mitte Februar den Kampfflugzeugkauf dem Parlament unterbreitete.

Wollen Ständerat und Bundesrat davon ablenken, dass sie unverfroren die Gunst der Stunde nutzen, um unter dem Eindruck des brutalen Angriffes auf die Ukraine das Kampfflugzeug-Geschäft durchzuboxen?

Wie auch immer die Antwort ausfällt: Es ist klar, dass das Verfalldatum des Vertrags ein Scheinargument ist. Denn das Parlament hätte trotzdem die Untersuchungsberichte abwarten und dann in der Herbst- und Winter-session die Vorlage beraten können. Der Bundesrat hätte sogar die Volksabstimmung über die Stopp-F-35-Initiative auf Mitte März 2023 anberaumen können – bei einem Nein hätte er noch vor Ende März seine Unterschrift unter den Kaufvertrag mit der US-Regierung setzen können.

Man mag den Initiantinnen Zwängerei vorwerfen, haben sie doch die Abstimmung über den Kredit für das Kampfflugzeug verloren (wenn auch nur hauchdünn). Doch was die bürgerliche Mehrheit im Parlament tut, lässt sich nur als rücksichtslose und sehr unschweizerische Machtdemonstration beschreiben.

Mit diesem Vorgehen schwächt der Ständerat das Vertrauen in die Schweizer Demokratie und foudiert sich um seine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und den Steuerzahlerinnen.

Und anders als beim Hollywood-Thriller «Top Gun» ist bei diesem halsbrecherischen Manöver kein Happy End garantiert.

Wir haben ursprünglich geschrieben, der Bundesrat hätte bei einem Ja zur Stopp-F-35-Initiative noch vor Ende März 2023 seine Unterschrift unter den Kaufvertrag setzen können – das war verkehrt. Dies hätte er bei einem Nein zur Initiative tun können. Wir entschuldigen uns für den Fehler und bedanken uns für den Hinweis aus der Leserschaft.